Neues aus der Fraktion

Ausgabe 1-2020

SPD GEMEINDERATS FRAKTION TÜBINGEN

Martin Sökler
Fraktionsvorsitzender

Liebe Genossinen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir leben gerade in einer Ausnahmesituation: wir alle im täglichen Leben, in der Familie, im Beruf. Wir sorgen uns um die Gesundheit besonders unserer älteren Familienmitglieder und Freunde bzw. um uns selbst. Viele haben Sorge wie es weitergehen wird, um den Arbeitsplatz, ja um die wirtschaftliche Existenz. Fast nichts ist mehr so wie noch vor 2 Wochen. Die Corona-Pandemie bestimmt unser Leben. Sie dominiert aber auch die politische Agenda im Bund, im Land, im Kreis und in der Stadt.

Eigentlich sollten in diesem Newsletter so wichtige Dinge wie der Tübinger Haushalt 2020 und unsere Änderungsanträge dazu, das Klimaschutzprogramm, das Thema Wohnen im Mittelpunkt stehen. Etwas dazu werdet Ihr auch finden, aber Kommunalpolitik wie wir sie kennen, findet derzeit nicht statt, ja kann nicht stattfinden.

Kontakte von Mensch zu Mensch zu reduzieren ist - solange keine Impfung und keine Behandlung verfügbar sind - das einzige Mittel, das wir haben, um die Pandemie zu bremsen. Deshalb werden bis auf weiteres, zumindest bis nach den Osterferien, keine Gemeinderatssitzungen stattfinden. Das gebieten die Vorbildfunktion für andere gesellschaftliche Bereiche sowie der Schutz der beteiligten städtischen Beschäftigten und der Gemeindrätinnen und -räte selbst. Sicher ein Novum: der Verwaltungsvorschlag für den Tübinger Haushalt für das Jahr 2020 wird ohne jede Änderung durch den Gemeinderat von nur 4 anwesenden Mitgliedern beschlossen werden. Das reicht aus, wenn zuvor eine Sitzung keine reguläre Beschlussfähigkeit (Anwesenheit von mindestens 50 % der Mitglieder) erreichte. Eine politische Debatte wird dann erst im Sommer oder gar erst im Herbst bei der Beschlussfassung über einen Nachtragshaushalt stattfinden können.

Neu aufgenommen wurde in den Haushalt eine „Deckungsreserve Corona-Epidemie" über eine Million Euro. Geld wird auch auf städtischer Ebene gebraucht werden, um die Folgen der Epidemie abzumildern, sei es in Form von Mietnachlässen für Mieter städtischer Gebäude, die sonst insolvent würden, Ersatz von Kita-Gebühren und vieles mehr.

Die politische Arbeit und Willensbildung muss in den kommenden Wochen neue Formen finden. Unsere letzte Fraktionssitzung hielten wir als Telefonkonferenz ab. Das wird zunächst auch so bleiben. Auch eine Mitgliederversammlung wird so schnell nicht stattfinden können. Wir sind auf den Austausch per Mail, WhatsApp und Telefon angewiesen. Einen kleinen Beitrag soll dieser Rundbrief leisten. Neben der Coronakrise und ihre Folgen geht es ums Wohnen, ÖPNV, Ganztagsschule und Digitalisierung. Für Rückmeldungen und Anregungen sind wir sehr dankbar. Ihr findet auch in diesem Newsletter die Kontaktdaten von uns Gemeinderätinnen und –Räten sowie der Ortsbeiräte der SPD.

„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch" Für Hölderlins Mutmacher–Satz gibt es viele kleine Beispiele. Schüler kaufen ein für die älteren Nachbarn, die Jusos und andere versuchen einen temporären Ersatz für die Tübinger Tafel auf die Beine zu stellen. Die Tübinger Firma CHT beendet das Defizit an Desinfektionsmittel am UKT, indem sie einfach ihre ganze Produktion umstellte, Trigema produziert Mundschutze. Wirklich rettend für viele Menschen auf der ganzen Welt wäre es, wenn es Curevac oder anderen rasch gelänge, einen wirksamen Impfstoff gegen das Coronavirus zu entwickeln. Drücken wir ihnen die Daumen.

Mehr denn je wünscht die SPD-Gemeinderatsfraktion Euch/uns allen, dass wir gesund über die nächsten Monate kommen und uns hoffentlich bald wieder von Angesicht zu Angesicht über Politik austauschen und über den besten Weg für unsere Stadt und unser Land ringen können.

Euer
Martin Sökler

Gerhard Neth

SOLIDARITÄT IN DER CORONA-KRISE

Ein kleiner Absatz in unserem Kommunalwahlprogramm gewinnt in der momentan schwierigen Lebenssituation gerade für Menschen in den Teilorten besondere Bedeutung. Wir haben uns als Fraktion vorgenommen, die bedarfsgerechte Grundversorgung in den Teilorten sicherzustellen und, wo Bedarf besteht, wieder herzustellen. Ein guter Plan!

In meiner Eigenschaft als Ortsvorsteher des Teilorts Bühl habe ich diese Dringlichkeit derzeit täglich vor Augen. Wohl dem Teilort oder dem Wohnquartier, das derzeit (noch) über eine gut funktionierende Infrastruktur für die Nahversorgung verfügt. Die Corona-Krise zeigt uns drastisch, wie wichtig es werden kann, wenn die Grundbedürfnisse des täglichen (Über-)Lebens ohne große Wegstrecken vor Ort befriedigt werden können. Wir müssen alles daran setzen, dass auch kleinere Geschäfte genauso wie Dorfgemeinschaftsläden und Hofläden mit regionalen Produkten überleben. Mit dem bereits im Gemeinderat vorgestellten Einzelhandelskonzept müssen wir uns nochmals beschäftigen und auf dieser Grundlage die im Wahlprogramm formulierten Ziele konsequent angehen.

Es zeigt sich derzeit auch deutlich, dass wir als SPD-Fraktion mit unserem klaren Bekenntnis zu starken und selbstbewussten Teilorten den richtigen Weg eingeschlagen haben. Die örtlichen Rathäuser bewähren sich in der Krise als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle vor Ort. Diese „Teilort-Bürgerbüros" genießen Vertrauen insbesondere bei älteren Menschen, die sich im Notfall den beschwerlichen Weg ins Bürgerbüro Stadtmitte nicht mehr ohne Hilfe zutrauen. Es war deshalb richtig, sich für die Modernisierung – incl. Digitalisierung – der örtlichen Verwaltungsstellen einzusetzen. Nun liegt unser Augenmerk auf dem barrierefreien Ausbau der Verwaltungsstellen. Damit Menschen mit Behinderungen nicht noch länger vom Besuch der Verwaltungsstellen bzw. den „Bürgerbüros vor Ort" ausgeschlossen werden, müssen barrierefreie Zugänge zügig geschaffen werden.

Wo schnelle und unbürokratische Hilfe notwendig wird, sind Gemeinsinn und Nachbarschaftshilfe gefordert. Die Strukturen dazu wollen wir als SPD-Fraktion mit unserem Einsatz für Stadtteiltreffs und Orten der Begegnung auch in den Teilorten weiter voran bringen und das große Engagement unserer Vereine nachhaltig fördern. Aktuell erleben wir überall, wie motivierte junge Menschen Hilfsangebote für ältere Menschen auf die Beine stellen. Wir sehen, wie wichtig diese Solidarität in der Corona-Krise ist und bedanken uns bei allen ganz herzlich für Mitarbeit und ehrenamtliches Engagement!

Ute Leube-Dürr

ANTRAGSFRIST FÜR GANZTAGSSCHULEN NOCHMAL VERLÄNGERT

In Zeiten der Coronakrise mag es unzeitgemäß erscheinen, dass wir über den Stand bezüglich der Ganztagsgrundschulen berichten. Wir hoffen aber alle, dass die Schulen nach den Osterferien wieder öffnen dürfen, denn alle Eltern von Grundschulkindern erleben gerade, wie anspruchsvoll es ist, mit 6 bis 10 Jährigen Unterricht zu gestalten. Und vielleicht entdeckt dadurch auch das eine oder andere Elternteil, dass die Ganztagsschule eine schöne Einrichtung ist, in der die Kinder mit kluger Rhythmisierung und gutem Betreuungsschlüssel zusammen mit Freund*innen und abwechslungsreich angeleitet von Grundschulpädagog*innen verlässlich individuelle Lernfortschritte machen können.

Der Gemeinderat hat 2015 die „Eckpunkte und Rahmenbedingungen" für die Einführung der Ganztagsgrundschule nach Landesgesetz beschlossen und dabei festgelegt, dass Schulen, die bis zum Schuljahr 2017/18 keinen Antrag stellen, auf das Tübinger Basismodell der flexiblen Nachmittagsbetreuung festgelegt werden, während Schulen, die das Ganztagsmodell einführen, viel mehr Lehrerstunden zur Verfügung haben, die sie teilweise monetarisieren, also in Finanzierungsmittel umwandeln können und damit mehr qualifiziertes Betreuungs- und Projektpersonal einstellen können. Der Gemeinderat hat nun zum 3. Mal den Zeitpunkt für die Antragsfrist um ein weiteres Schuljahr verlängert, also bis Ende 2020/21 – jetzt hoffentlich zum letzten Mal.

Ob es wohl in dieser Legislaturperiode des Landtags dem Kultusministerium und Frau Eisenmann noch gelingen wird, die Ganztagsregelungen für die Grundschu-

len, insbesondere die Frage der Bezuschussung von kommunalen Betreuungsangeboten zu regeln? Oder lässt man weiterhin alles offen, zu Lasten der kommunalen Haushalte?

Gut zu verstehen ist, dass viele Eltern und damit ihre Grundschulen die Hoffnung hegen, dass die Superflexibilität der bisherigen Regelung der flexiblen Nachmittagsbetreuung erhalten bleibt, dass also in Zukunft wieder mehr Zuschüsse für städtische Betreuungsangebote aus Stuttgart fließen und der Kelch: Zurückfallen auf das Basismodell, an ihnen vorübergehen wird. Möglicherweise ist ihnen vor allem die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern ein Anliegen. Sobald sie aber zu Hause sind, möchten sie ihr Kind wieder selbst erziehen, bilden, betreuen. Die gebundene GTS der Wahlform ist, wie schon der Name sagt, nur an 3 oder maximal 4 Tagen in der Woche NICHT flexibel, je nach Entscheidung der Grundschule. Dafür bietet sie viel Anregung.

Wir von der SPD-Fraktion wollen aber auch an die Grundschulen appellieren, GTS-Anträge nach §4a Schulgesetz zu stellen. Wir haben in Tübingen ein stimmiges Modell für die Offene Ganztagsschule erarbeitet. Sie ist mehr als ein Betreuungsmodell, vielmehr soll sie mit einer klugen Rhythmisierung und guter Ausstattung mit Lehrer- und Betreuungsstunden mehr Möglichkeiten zur Stärkung der individuellen Kompetenzen der Kinder bieten. Einige Schulen der Kernstadt haben die GTS nach dem städtischen Sicherungsmodell schon eingeführt und gute Erfahrungen gemacht.

Das Land hat nun endlich zugesagt , die Zuschüsse für kommunale Betreuungsangebote ab dem nächsten Schuljahr zu erhöhen, allerdings bei Weitem nicht im notwendigen Maße (nur 4 Millionen statt den nach einer Berechnung des Deutschen Städtetags benötigten 23 Millionen). Das wäre ein Tropfen auf den heißen Stein. Die finanzielle Last trägt weiterhin die Kommune.

Gundula Schäfer-Vogel

EINE ERSTE LEHRE: DIGITALISIERUNG VORANTREIBEN

Die Corona-Pandemie hat unseren Alltag tiefgreifend verändert. Schulen wie Geschäfte geschlossen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Home-Office, Stadtverwaltung im Krisenmodus. Es sind die digitalen Möglichkeiten, die es uns erlauben, auch in dieser Ausnahmesituation handlungsfähig zu bleiben, pädagogisch, wirtschaftlich und auch politisch.

Nicht nur EU-Ministerräte tagen via Facetime, auch die Spitze der Verwaltung berät virtuell. In Tübingen organisiert sich mit tueshop.de eine Online-Plattform, die den lokalen Einzelhandel stützen will und hoffentlich wird. Großartig! Schülerinnen und Schüler werden plötzlich digital mit Lernmaterialien, Aufgaben und Lösungen versorgt. Lehrerinnen und Lehrer bieten statt Unterricht Online-Sprechstunden an. Manche Klassen treffen sich zum gemeinsamen Unterrichtschat. Vielmehr geht, als manch einer gedacht hätte, improvisiert, verbesserungsbedürftig, ja. Aber in jedem Fall ist dies ein ermutigender Lakmustest, der uns bestärkt, die Digitalisierung als Chance zu begreifen und mit Überzeugung voranzutreiben.

Jüngst wurde der Gemeinderat ausführlich von der Verwaltung informiert, warum die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nur (erschreckend) langsam voranschreitet. In Tübingen will man nur dort digitale Antragsverfahren einführen, wo auch innerhalb der Verwaltung die digitale Bearbeitung gesichert ist. Diesen Ansatz wird man nach der Corona-Krise überdenken müssen. Wieviel besser wäre es, wenn bereits jetzt in weit mehr Fachbereichen die Möglichkeit bestünde, online Anträge zu stellen - egal wie diese verwaltungsintern bearbeitet werden.

Bis jetzt sieht die Gemeindeordnung vor, dass immerhin über Gegenstände einfacher Art im Wege der Offenlegung oder im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen wird. Allein, es fehlen die technischen Möglichkeiten. Mit einem iPad sind die Gemeinderatsmitglieder bereits ausgestattet. Sitzungskalender, Tagesordnungen, Verwaltungsvorlagen und Anträge stehen digital zur Verfügung. Es sollte dafür gesorgt werden, dass auch Gemeinderatssitzungen virtuell abgehalten werden können. Es dürfte zeitgemäß sein, über eine Gesetzesänderung zu ermöglichen, dass in allen Angelegenheiten, z.B. auch in Haushaltsangelegenheiten im Rahmen virtueller Zusammenkünfte beschlossen werden kann.

Durch Digitalisierung demokratische Prozesse krisenfest zu gewährleisen – daran sollten wir arbeiten, wenn die Corona-Krise, hoffentlich bald, überstanden ist!

Dorothea Kliche-Behnke

INITIATIVE GRUND-VERSORGUNG TÜBINGEN - EINE CHRONIK

Sonntag, den 15.3.
Seit meinen frühsten Juso-Zeiten Anfang der 2000er Jahre war ich über viele Jahre in der Tübinger Tafel aktiv, die für mich fester Bestandteil des sozialen Hilfesystems in Tübingen ist. Inzwischen bin ich nur noch als interessiertes Mitglied und Kassenprüferin dabei. Mit Entsetzen erfahre ich heute, dass die Verantwortlichen der Tafel gestern beschlossen haben, wegen der Corona-Krise den Betrieb einzustellen. Klar, viele Aktive gehören der Risiko-Gruppe an und müssen jetzt zuhause bleiben. Aber was ist mit den Kundinnen und Kunden der Tafel? Das sind immerhin 700 Haushalte mit insgesamt 1.500 Personen, die dringend auf eine Lebensmittelzusatzversorgung wie die Tafel angewiesen sind! Personen mit Bonus-Card, Wohnsitzlose, Geflüchtete, viele Kinder – sie alle trifft die aktuelle Krise besonders stark, weil auch Angebote wie die Sonntagsküche und die Bahnhofsmission wegbrechen. Ich rufe den Vorsitzenden der Tafel an und bitte um ein Gespräch am nächsten Morgen.

Montag, den 16.3.
Der Vorstand der Tafel, die zuständigen Bereichsleiter, der Leiter der Abteilung Sozialplanung Uwe Seid, der Juso-Kreisvorsitzende und SPD-Fraktionsgeschäftsführer Florian Zarnetta und ich treffen uns in den Räumen der Tafel, um zu sondieren, ob wir mit Unterstützung vieler Mitglieder des RPJ (Ring Politischer Jugend) den Tafelbetrieb doch weiterlaufen lassen können. Schnell wird klar: So klappt das nicht, wir müssen was eigenes ganz dezentral aufbauen. Ich telefoniere mit zwei Botschafterinnen der Tübinger Foodsharer, die sich schnell als ideale Kooperationspartner erweisen.

Abends gibt es eine Telefonkonferenz, die Florian Zarnetta und Florian Burkhardt, der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende und Vorsitzende des RPJ, einberufen. Da kann ich nicht dabei sein, weil gleichzeitig der Ältestenrat tagt. Danach steht fest: Es wird ein breites, überparteiliches Bündnis geben, das eine Alternative zur Tafel auf die Beine stellt. In der Koordination mit dabei sind Miriam von den Foodsharern und die Grünen-Stadträtin Lea Elsemüller.

Donnerstag, den 19.3.
Drei Tage und unzählige Telefonate später steht die Grobstruktur unserer Initiative, die in Abgrenzung zu den Foodsharern „Grundversorgung Tübingen" heißt. Unsere Zentrale ist das „Goldene Zeiten" am Europaplatz, das unsere Gemeinderatskollegin der Grünen Asli Kücük betreibt. Dorthin werden von nun an montags bis freitags täglich die Waren gebracht, die wir morgens in den Supermärkten holen. Anschließend werden sie weiterverteilt – in dieser Woche noch an die bisherigen „Fairteilstationen" der Foodsharer.

Sonntag, den 22.3.
Florian Burkhardt, der die Einteilung der mittlerweile ca. 100 Helfer*innen vornimmt, und ich haben fast schon eine Standleitung. Hygienefragen, Busse vom DAV, Handreichungen, Biomüll, Zuweisung der Schichten... Es gibt in kürzester Zeit Tausende Fragen zu klären. Die Nervosität steigt.

Montag, den 23.3.
Wow! Heute kommen sehr viele Waren aus den Supermärkten zusammen! Nachdem die letzten Wochen bei vielen Hamstern angesagt war, bleibt jetzt jede Menge an Lebensmitteln übrig. Viel zu viel für unseren Probetestlauf mit drei Stationen, denn leider hat sich bei denen, die's wirklich brauchen, bislang kaum rumgesprochen, dass es unser Angebot gibt. Aber heute startet auch die Öffentlichkeitsarbeit für unsere Initiative. Unsere Sozialbürgermeisterin Daniela Harsch und der Fachbereich Soziales mit Elisabeth Stauber und Uwe Seid, mit denen ich mehrmals täglich telefoniere, machen einen super Job in dieser großen Krise.

Dienstag, den 24.3.
Offizieller Start! Die sechs Stationen sind:

- Stadtteiltreff Wanne (Danke an meine Fraktionskollegin Ingeborg Höhne-Mack!!!)
- Kinder- und Jugendfarm Derendingen
- Bürgertreff NaSe
- Brückenhaus (Werkstraße)
- Kirchengemeinde St. Petrus
- Goldene Zeiten

Was für eine Teamleistung! Obwohl es jetzt erst richtig losgeht, bin ich erschöpft – immerhin hatte ich in den letzten Tagen oft meine jüngste Tochter dabei und habe so viele Kisten geschleppt wie schon lange nicht mehr. Aber ich bin auch verdammt stolz darauf, was wir da auf die Beine gestellt haben. Klar ist: Ohne die Jusos und die SPD gäbe es die Initiative Grundversorgung nicht. Aber natürlich ist die Corona-Krise keine Zeit für Parteipolitik, sondern für solidarisches und beherztes Handeln.

Martin Sökler

WAS WIR GERNE BESCHLOSSEN HÄTTEN: MUTIGE SCHRITTE BEIM ÖPNV

Die soziale Frage in der Mobilität in Tübingen wurde in den vergangenen Jahren dank SPD-Anträgen zwar nicht gelöst, aber doch entschärft. Schüler bekommen 10 Euro Zuschuss auf die Monatskarte. Kinder und Jugendliche mit BonusCard fahren für 10 Euro und Erwachsene für 15 Euro pro Monat Bus.

Wollen wir aber auch im Blick auf die Klimaziele im Verkehrssektor wirklich vorankommen, brauchen wir mehr Mut. Wollen wir mehr Menschen für den Umstieg vom Auto in den TüBus gewinnen, brauchen wir beides: ein verbessertes Angebot und attraktivere Preise.

Wir stellten vor der Corona- Krise mehrere Haushaltsanträge, die jetzt auf Eis liegen. Wir beantragten zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 eine spürbare Angebotsverbesserung durch Taktverdichtung. Konkrete Modelle sollen von den Experten bei den Stadtwerken erarbeitet werden. Dafür wollen wir auf das ganze Jahr gerechnet 1,2 Millionen Euro einplanen.

Neben dem Angebot kommt dem Preis eine entscheidende Bedeutung bei der Wahl des Verkehrsmittels zu. Wir beantragten eine Absenkung der Tarife in allen Abos um 30 Prozent. Damit wird für das normale Jahres-Abo ein Preis von unter einem Euro/Tag erreicht - und die Abonnenten profitieren, nicht nur die jetzigen Samstagsfahrer. Um aber auch die Nie- und Gelegenheitsbusfahrer für den ÖPNV zu gewinnen, wollen wir auch die Preise für das Tagesticket nach dem Vorbild vieler Städte und Gemeinden im Stuttgarter Tarifverbund (z.B. Esslingen und Ludwigsburg) absenken. Das Tagesticket soll künftig nur noch 3 Euro statt 4,50 Euro kosten, für Kinder 2 Euro und für Gruppen 8 Euro. Für die Tarifabsenkungen sind insgesamt 1,2 Millionen Euro/Jahr notwendig.

Diese Ausgaben lassen sich nicht ohne Gegenfinanzierung stemmen. Wir wollten zum einen die Arbeitgeber, die Gewinne erzielen, über eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer von 380 auf 390 Prozent an der Finanzierung beteiligen. So würden alle erfolgreichen Unternehmer an den Mobilitätskosten der Tübinger beteiligt und nicht wie bisher nur diejenigen, die freiwillig bei der Finanzierung von Jobtickets mitmachen. Vorbilder für eine Arbeitgeberbeteiligung am ÖPNV gibt es in Frankreich und in Wien. Daneben sollten sich nach unseren Vorschlägen auch die Autofahrer an den Kosten beteiligen. Wir schlugen eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, die Erhöhung der Parkgebühren und, sobald es rechtlich möglich ist, die Erhöhung der Gebühr für das Anwohnerparken auf 10 Euro im Monat vor.
Uns ist klar, dass insbesondere die formulierten Vorschläge zur Gegenfinanzierung in Zeiten der Corona-Krise noch einmal auf den Prüfstand müssen. Wenn die Wirtschaft maximal gebeutelt ist, ist es nicht der richtige Zeitpunkt für Steuererhöhungen. Aber richtig bleibt auch mit und nach Corona, dass wir, wenn wir ein klimaneutrales Tübingen bis 2030 erreichen wollen, auch auf dem Verkehrssektor mutige Schritte gehen müssen: weniger Auto, mehr Fußgänger, Radfahrer und eben auch mehr ÖPNV.

Ingeborg Höhne-Mack

TÜBINGEN MUSS EINE STADT FÜR ALLE BLEIBEN

Ich schreibe diesen Beitrag am Sonntag, 22. März, und es ist mitten in der Corona-Krise fast unmöglich, sich auf andere Themen zu konzentrieren – seien es auch noch so grundlegende und dringliche wie die Frage, wie Tübingen weiterhin eine Stadt für alle sein kann – so unsere zentrale Forderung im Kommunalwahlprogramm.

Seit 2016 beschäftigt sich die Stadt – auch aufgrund vieler Anträge der SPD-Fraktion – systematisch mit dem Thema bezahlbares Wohnen: das Programm ‚Fairer Wohnen' steht programmatisch dafür. Dennoch wurde spätestens mit dem Wohnraumbericht 2018 klar, dass unsere Bemühungen nicht ausreichen, um gerade diejenigen weiter mit Wohnraum in der Stadt zu versorgen, die schon unter normalen Umständen Schwierigkeiten damit haben. Genauso erschreckend war die Tatsache, dass diese Problematik mittlerweile weit in die Mittelschicht hineinreicht. Zwei Beispiele aus den Erfahrungen in den letzten Wochen: eine alleinerziehende Ärztin sagt mir, sie müsse Tübingen verlassen – sie könne die Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau nicht aufbringen. Eine Physiotherapeutin fürchtet, sie müsse Tübingen aus dem gleichen Grund verlassen, wenn sie in den Ruhestand geht. - Und was ist mit den vielen anderen aus dem (Human-)Dienstleistungsbereich, von denen das Funktionieren der Tübinger Infrastruktur abhängt? Wollen wir es als SPD tatsächlich zulassen, dass Verkaufspersonal, Erzieher*innen, Beschäftigte im Ordnungsamt oder Hausmeister an der Uni aus dieser Stadt vertrieben werden und das tägliche Heer der Einpendler noch vergrößern? Dies sind Bevölkerungsgruppen, die kein Wohneigentum erwerben: sie sind auf ein ausreichendes Angebot an Mietwohnungen angewiesen. Allein schon deswegen müssen wir in der Stadtplanung und bei den Kriterien für die Vergabe von Bauland umsteuern – und viel stärker auf preisgünstigen Mietwohnungsbau setzen als bisher. Und wenn durch die gegenwärtige Krise Menschen Teile ihres Einkommens oder die Arbeit ganz verlieren sollten, wird das Ganze umso dringlicher.

Seit 2018 hat es weitere Ansätze zur Lösung der Probleme gegeben, z.B. den Baulandbeschluss für die neuen Baugebiete in den Teilorten. (Eine Übersicht über die in den letzten Jahren vom Gemeinderat beschlossene Maßnahmen findet sich auf spd-fraktion-tuebingen.de) Aber all das reicht nicht aus.
Denn zum quantitativen Problem bei der Versorgung mit Wohnraum kommt ein qualitatives hinzu. – Wenn Familien keine ausreichend große Wohnung mehr finden und die Stadt verlassen, weil 4- und 5-Zimmer-Wohnungen überall in der Kernstadt wie auch in den Teilorten! mit Studierenden-WGs besetzt sind, dann läuft etwas grundsätzlich schief. Wenn es für die zunehmende Zahl von alten und hochbetagten Menschen keinen barrierefreien Wohnraum gibt, verbleiben viele allein in zu großen Wohnungen. Viele äußern auch lautstark den Wunsch nach anderen, gemeinschaftlichen Wohnformen – und sie haben Recht! Denn dadurch können mehrere Probleme auf einmal angegangen werden: der individuell zur Verfügung stehende Wohnraum wird zugunsten von Gemeinschaftsflächen zurückgedrängt, insgesamt kann an Flächen gespart werden, was der Umwelt zugutekommt. Begegnung im Alltag und Nachbarschaftshilfe wird selbstverständlich, ein solidarisches Miteinander kann auch generationenübergreifend entstehen. Aber dafür müssen rechtliche und organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden. Deswegen haben wir uns in der Tübinger SPD im letzten Jahr intensiv mit dem Thema Genossenschaften auseinandergesetzt; durch unseren Workshop am 7.12.19 und den Antrag auf der letzten SPD-Mitgliederversammlung am 4.3.20 hat die Fraktion jetzt einen klaren Auftrag: genossenschaftliche Wohnformen bzw. andere gemeinwohl-, nicht renditeorientierte Projekte – möglichst auf der Basis von Erbbaurecht - sollen Vorrang haben; demgegenüber werden primär auf den persönlichen Erwerb von Wohneigentum ausgerichtete Baugruppen bei den Bewerbungen um die knappen und teuren Bauflächen zurückstehen müssen. (Der vollständige Antrag findet sich auch auf der Homepage zum Nachlesen.)
Genossenschaften sind ein wichtiger und aktuell dringend notwendiger Beitrag zu bezahlbarem Wohnen und zur Förderung eines solidarischen Miteinanders. (Wer sich über „neue" Genossenschaften informieren will – „Wagnis" in München ist ein gutes Beispiel!)

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Solidarität lernen wir gerade in ganz anderem Zusammenhang wieder neu: ich wünsche mir, dass dieser Lernprozess von Dauer sein möge und dass wir die noch unabsehbaren Folgen der Corona-Krise so besser bewältigen können.

DIE SPD-GEMEINDERATSFRAKTION

Ingeborg Höhne-Mack

Kirchnerweg 8/1, 72076 Tübingen
07071 65359
ingeborg.hoehne-mack@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales
- Verwaltungsausschuss und Ausschuss zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms

Zuständig für die Tübinger Teilorte:
- Pfrondorf
- Unterjesingen

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Aufsichtsrat der GWG Tübingen
- Aufsichtsrat der Sporthallen GmbH
- Nachlasskommission
- Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbands Reutlingen/Tübingen
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit Tübingen/Reutlingen

Dorothea Kliche-Behnke

Johannes-Stöffler-Straße 8, 72076 Tübingen
07071 365601
dorothea.kliche-behnke@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Verwaltungsausschuss und Ausschuss zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms

Zuständig für den Tübinger Teilort:
- Hagelloch

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Ehrenamtliche Stellvertreterin des Oberbürgermeisters
- Integrationsrat
- Aufsichtsrat der Altenhilfe Tübingen
- Aufsichtsrat Stadtwerke Tübingen

Gundula Schäfer-Vogel

Steinlachallee 62, 72072 Tübingen
07071 770302
gundula.schaefer-vogel@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Verwaltungsausschuss und Ausschuss zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms

Zuständig für den Tübinger Teilort:
- Hirschau

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Verkehrsbeirat der Stadtwerke Tübingen
- Aufsichtsrat der WIT
- Stiftungsrat Kunsthalle
- Universitätskommission

Gerhard Neth

Ampferweg 9, 72072 Tübingen Bühl
07472 441171
gerhard.neth@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung

Zuständig für die Tübinger Teilorte:
- Bühl
- Kilchberg

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Ortsvorsteher Bühl
- Aufsichtsrat der GWG Tübingen
- Verkehrsbeirat der Stadtwerke Tübingen
- Immobilienkommission
- Umlegungsausschuss

Ute Leube-Dürr

Beckmannweg 6, 72076 Tübingen
07071 65542
ute.leube-duerr@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales
- Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung

Zuständig für den Tübinger Teilort:
- Bebenhausen

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Ansprechperson für den Jugendgemeinderat
- Aufsichtsrat der Altenhilfe Tübingen
- Aufsichtsrat der WIT
- Personalkommission
- Beirat des Jugendzentrums Epplehaus e.V.

Martin Sökler

Aixer Str. 14, 72072 Tübingen
07071 5071
martin.soekler@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales
- Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung

Zuständig für den Tübinger Teilort:
- Weilheim

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Aufsichtsrat der GWG Tübingen
- Aufsichtsrat der Stadtwerke Tübingen
- Verbandsversammlung Zweckverband Regional-Stadtbahn Neckar-Alb

NEUE FACEBOOK-SEITE UND WEBSITE IN NEUEM DESIGN

Seit Januar betreibt die Fraktion eine neue, eigene Facebook-Seite. Die Website der Fraktion wurde außerdem generalüberholt und hat jetzt ein neues Design.

Auf beiden Plattformen finden sich Beiträge zur Arbeit der Fraktion, aktuellen Anträgen und Themen. Bei Fragen oder Anmerkungen besteht über beide Plattformen die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme. Die Fraktion freut sich immer über Rückmeldungen und hofft auf einen regen Austausch über diese und alle sonstigen Kanäle.

Website: *spd-fraktion-tuebingen.de*
Facebook: *fb.com/spdfraktiontuebingen*

INITIATIVE GRUNDVERSORGUNG TÜBINGEN

Das breite Bündnis organisiert die kostenlose Ausgabe von Lebensmitteln für bedürftige Menschen an den sechs Stationen von Montag bis Freitag, jeweils von 14-17 Uhr.

Schon jetzt haben sich rund 100 Menschen gemeldet, um das Projekt zu unterstützen. Wer auch etwas beitragen kann und möchte, kann sich an *grundversorgung-tuebingen@posteo.de* wenden.

DIE ORTSBEIRÄTE IN DEN TÜBINGER STADTTEILEN

Im Zusammenwirken mit dem Ortsverein hat die Gemeinderatsfraktion in dieser Legislaturperiode die im Folgenden aufgeführten Beiräte entsandt:

DERENDINGEN

Jörg Krauß
Fürststr. 93, 72072 Tübingen
07071 791734
krauss.joerg@t-online.de
Stellv.: Ulrich Weber

LUSTNAU

Heinz Haußmann
Rosa-Luxemburg-Str. 5, 72074 Tübingen
07071 86331
hehaussmann@gmx.de
Stellv.: Michael Fromm

NORDSTADT

Hans Voehringer
Ahornweg 10, 72076 Tübingen
07071 687455
hansvoehringer@yahoo.de
Stellv.: Maike Paduch

STADTMITTE

Nathalie Denoix
Kronenstr. 11, 72070 Tübingen
07071 5667066
nathalie.dx@gmx.de
Stellv.: Gerd Müller

SÜDSTADT

Dirk Eisenreich
Ruth-Marx-Str. 12, 72072 Tübingen
07071 650189
dirk.eisenreich@gmx.de
Stellv.: Andreas Weber

WESTSTADT

Anders Zmaila
Schwärzlocherstr. 123, 72070 Tübingen
07071 440686
anders.zmaila@gmx.de
Stellv.: Werner Walser

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
SPD-Gemeineratsfraktion Tübingen

VERANTWORTLICH
Florian Zarnetta, Fraktionsgeschäftsführer

TEXTE
Martin Sökler, Dorothea Kliche-Behnke, Ute Leube-Dürr, Ingeborg Höhne-Mack, Gundula Schäfer-Vogel, Gerhard Neth, Florian Zarnetta

ABBILDUNGEN
Titel: Von Dktue - Eigenes Werk, CC0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=76920874
S. 10 (oben rechts): Peter Jammernegg/Universitätsstadt Tübingen
Rückseite: Ulrich Metz/ *Universitätsstadt Tübingen*

KONTAKT
SPD-Gemeinderatsfraktion Tübingen
Am Markt 1, 72070 Tübingen
info@spd-fraktion-tuebingen.de
spd-fraktion-tuebingen.de
fb.com/spdfraktiontuebingen

BANKVERBINDUNG
Volksbank Tübingen
IBAN: DE16 6419 0110 0062 7650 00
BIC: GENODES1TUE

400608